

# Was Parteien von der Feuerwehr lernen könnten

Es wird viel kommuniziert, aber wenig debattiert. Unser Sozialleben wird immer homogener, öffentliche politische Meinungsbildung findet kaum noch statt. Gedanken zur grassierenden Echokammer-„Politik“.

Christian Fleck

Das Elend der Parteien ist ihre Ferne zu den Orten der Meinungsbildung gewöhnlicher Menschen.

Es ist nicht allzu riskant zu prognostizieren, dass die Wahlverlierer bei der Frage nach den Gründen der Niederlage auch diesmal Zuflucht bei der Phrase nehmen werden: Leider hätten sie ihre Botschaft nicht erfolgreich kommunizieren können.

Die Benutzung derartiger Floskeln verweist auf ein Problem, das die politische Klasse Österreichs seit mehreren Jahren nicht loszuwerden vermag. Sie hat sich mit Haut und Haar Sinndeutern ausgeliefert, die eines gemeinsam haben: Ihr Rat kostet Geld, und sie, die Sinndeuter, hätten ihre Berufung als Politikberater verfehlt, würden sie darauf verzichten, die Gründe jedes Versagens dort zu suchen, wo ihre vermeintlichen therapeutischen Fähigkeiten plausibel wirken.

Dabei stimmt die Diagnose der Sinndeuter zumindest zur Hälfte, doch mit halben Wahrheiten kommt man nicht weit, schon gar nicht, wenn es um Wahlen geht.

Halb wahr ist die Rede vom Kommunikationsdefizit, weil der Niedergang aller Parteien tatsächlich damit zu tun hat, dass in ihnen nicht mehr viel miteinander gesprochen, diskutiert und gestritten wird. Solches findet mangels Masse nicht mehr statt. Die Parteispitzen haben angesichts rückläufiger Zahlen von Parteimitgliedern damit reagiert, auf Ein-Weg-Kommunikation umzusteigen. Das Aufeinandertreffen von Mächtigen mit dem Fußvolk findet nur noch medialisiert statt. Am roten Telefon der SPÖ spricht ein Anrufer bestenfalls mit einer Politikerin. Öffentliche politische Meinungsbildung sieht anders aus.

Die wenigsten Menschen haben festgefügte, stabile politische Mei-

nungen oder gar Wahlpräferenzen, vielmehr bilden sie dies alles in Auseinandersetzung mit anderen. Wenn jemand zu etwas keine oder eine noch sehr unsichere Meinung hat, fragt sie oder er Freundinnen und Verwandte, Arbeitskolleginnen und Nachbarn um deren Meinung. Aus solchen Austauschepisoden resultieren unsere eigenen Meinungen.

In Österreich, aber nicht nur hier, können wir seit längerem ein Auseinanderdriften sozioökonomischer Milieus konstatieren. Zur Illustration: Modernisierungsverlierer, Schulabbrecher, Arbeitslose sprechen – wenn überhaupt – nur mit ihresgleichen, und dasselbe gilt für Gutmenschen, Akademiker und Mitglieder der politischen Klasse. Alle bleiben unter sich und bestätigen einander wechselseitig.

Ich weiß schon, was mir darauf geantwortet werden wird. Die Parteifunktionäre seien im Wahlkampf doch wie die Einser gerannt. Jaja, aber da ist es schon zu spät. Die Parteien ließen sich von den Sinndeutern einreden, die „Menschen draußen“ würden sich erst im letzten Moment entscheiden, ergo sei ein zu früher Wahlkampfbeginn von Übel. Politische Überzeugungen bilden sich jedoch nicht kurzfristig und verdanken sich vor allem dem Einfluss jener, denen man vertraut – und das sind in der Regel Menschen aus dem persönlichen Naheverhältnis.

## Mit FP-Wählern gesprochen?

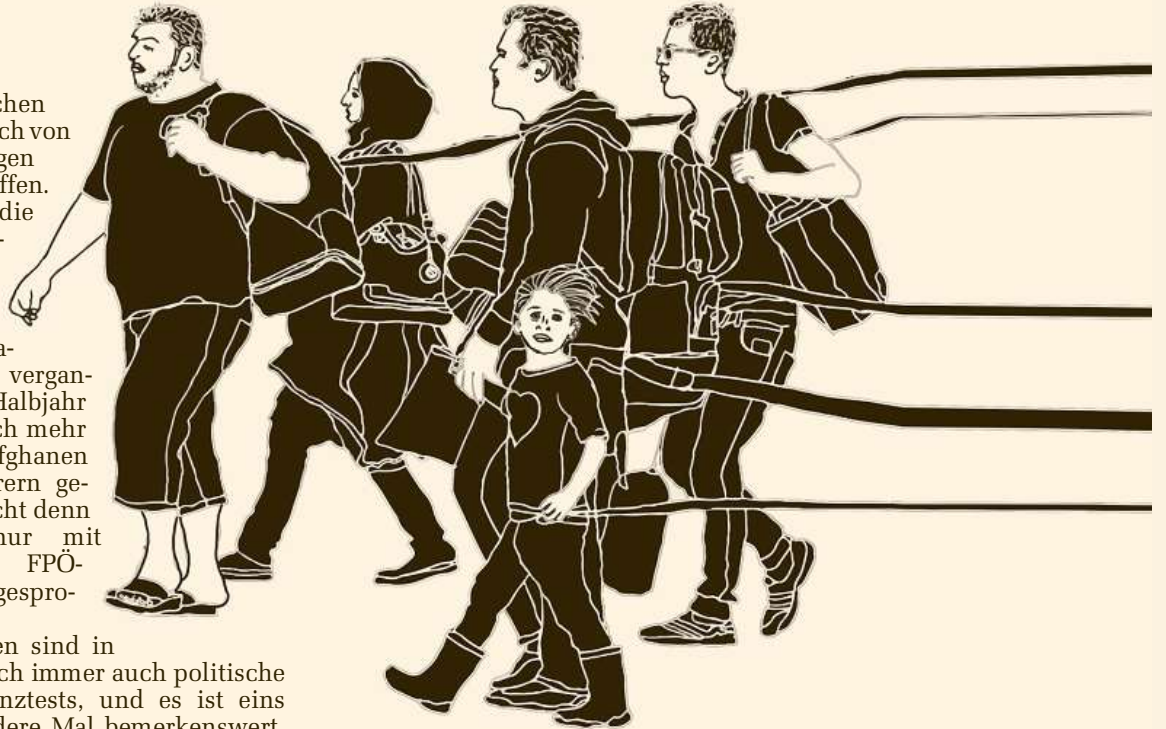
Parteien, Schulen, die meisten NGOs (mit Ausnahme der Freiwilligen Feuerwehr) und erst recht Stadtteile und Umlandgemeinden der größeren Städte werden sozial immer homogener. Daher haben diejenigen, deren Ängste die Sinndeuter und die ihnen folgenden Politiker stets auf den Lippen tragen, wenn sie ihr eigenes Versagen wegerklären wollen, faktisch keine Chance, jemanden aus „besseren Kreisen“ auch nur zum ge-

legentlichen Austausch von Meinungen zu treffen. Und die Bekämpfer des Populismus haben im vergangenen Halbjahr sicherlich mehr mit Afghanen und Syrern geradebrecht denn auch nur mit einem FPÖ-Wähler gesprochen.

Wahlen sind in Österreich immer auch politische Intelligenztests, und es ist eins ums andere Mal bemerkenswert, dass die Stimmabgabe für Witzfiguren, Dummköpfe und Demagogen nicht als das gesehen wird, was es vor allem ist: ein Mangel an politischer Bildung dieses Teils der Wählerschaft gepaart mit einer ordentlichen Portion Wut über vermeintliches und tatsächliches Zu-kurz-Kommen. Beides wird getoppt durch die Sicherheit aufseiten derer, die seit einem Vierteljahrhundert ihre Stimme so vergeben, dass letztlich eh nix passiert. Würden diese Wähler nämlich etwas geändert sehen wollen, müssten sie sich ja die Arbeit machen abzuwägen, welche Partei was durchzusetzen in der Lage wäre.

Man könnte daraus den Schluss ziehen, dass ein politisches System auch dank der Zustimmung von sieben von zehn Wählern funktionieren kann und man den unbelehrbaren Rest in Nachschulung schickt – doch dann müsste man ja erst recht mit denen wirklich reden, statt nur Botschaften zu kommunizieren.

**CHRISTIAN FLECK** (Jg. 1954) lehrt Soziologie an der Uni Graz. Er ist Mitglied des Vorstands des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie in Wien und war von 2005 bis 2009 Präsident der österreichischen Gesellschaft für Soziologie.



Christian Fleck: Alle bestätigen sich wechselseitig.

Foto: privat

HANS RAUSCHER

## Wir haben keine Krisenpolitiker



Werner Faymann ist ein Politiker aus dem Wiener Rathaus. Seine Haupttätigkeit bestand jahrelang darin, ein knappes Gut, nämlich Sozialwohnungen, politisch zu verteilen. Reinhold Mitterlehner ist ein Politiker aus der Wirtschaftskammer. Seine Haupttätigkeit bestand jahrelang darin, mit der Kammerbürokratie umzugehen und Interessenpolitik auszuhandeln.

Was man bei beiden vermisst: dass sie die Herausforderung unserer krisenhaften Zeit aktiv annehmen. Mitterlehner kritisiert zwar immer wieder verbal den Stillstand, aber es folgt nichts darauf. Faymann tut nichts, um Österreichs Wirtschaft von der „Kriechspur“ (Wifo-Chef Aiginger) wegzubringen.

Angela Merkel hat die Flüchtlingsfrage als „historische Herausforderung“ bezeichnet. An der Flüchtlingsfrage entscheidet sich, ob ein nationalistischer, rechtsstaatsfeindlicher und antihumanitärer Rechtspopulismus in Europa die Oberhand behält. Österreich könnte da, wie schon zweimal im vorigen Jahrhundert, eine „Versuchsstation für den Weltuntergang“ (Karl Kraus) sein.

Was so irritiert und Zukunftsangst erzeugt, ist der Eindruck, dass die Regierenden den Ernst der Lage nicht begreifen – oder ihn begreifen und resignieren. Oder, noch schlimmer, sich in einer Art Übersprunghandlung in gegenseitigen taktischen Spielen und Haxelstellerei üben. Das gilt für Kanzler und Vizekanzler ebenso wie für andere Regierungspolitiker. Innenministerin Mikl-Leitner begreift nicht, dass ihre panikartigen Äußerungen als komplettes Versagen interpretiert werden müssen. Zuerst redet sie missverständlich von „Gewaltanwendung“ durch die Polizei,

wenn die Flüchtlinge nicht zu stoppen sind; jetzt beschwört sie eine „humanitäre Katastrophe“ herauf, wenn Bayern die Flüchtlinge nicht mehr annimmt. Und wenn wir 50.000 für eine Zeit im Lande haben, so ist das keine Katastrophe, sondern kann irgendwie bewältigt werden. Die Ministerien verströmt selbstdestruktiven Defätismus.

Auf der anderen Seite verströmt ein so erfahrener Politiker wie Sozialminister Hundstorfer eine inzwischen unerträgliche Lethargie. 30.000 Arbeitslose mehr? Na, es sind wenigstens nicht 35.000. Das ist Realitätsverweigerung.

Es ist immer ein wenig problematisch, wenn Journalisten Urteile über gestandene Politiker – oder auch Sozialpartner – fällen. Jahrzehntelange Erfahrung und das Erlebnis, wie andere kritische Situationen gemeistert wurden – Terroranschläge, EU-Beitritt, Beinahezusammenbruch der verstaatlichten Industrie, Wende in Osteuropa, Jugoslawienkrieg und seine Folgen –, mögen als Lizenz zur Kritik dienen.

Die derzeitige Staatsspitze, Spitzen der Sozialpartnerschaft inklusive, scheint ohne Rezept zu sein. Aber auch ohne Handlungswillen. Und ohne Zugang zu modernen Kommunikationsmethoden. Strache hat über die sozialen Medien eine perfekte Desinformationsmaschine aufgebaut, die Regierungsparteien sind da rettungslos altmodisch.

Ein großer Teil der Österreicher ist autoritär strukturiert und autoritätsgläubig. Aber gerade deswegen sind sie durch unterschiedenes Auftreten und durch Handlungsstärke zu beeindruckend. Daran lässt es die derzeitige Führungselite des Landes fehlen. Populismus geht nur in der Opposition. In der Regierung lähmt es, wenn man niemand vergrämen will. Man kann in einer Krise über sich selbst hinauswachsen – oder man wird überrollt. [hans.rauscher@derstandard.at](mailto:hans.rauscher@derstandard.at)

## Von Deppen, Stimmvieh und Bobo-Hipstern

Es wäre besser, FP-Themen zu begreifen, statt jedes Mal „Groundhog Day“ zu feiern

Kurt Bauer

Wenn ich den linksliberalen, gutmenschlichen Bobo-Hipster-Teil von Facebook, dem ich angehöre, dieser Tage so durchscrollle, sticht mir eines schmerzhaft ins Auge: Seit 1986 werden die FPÖler von uns (mich eingeschlossen) ohne Unterlass als Trottel, Deppen, Idioten, die nicht Deutsch können, die nichts von Politik verstehen, als Loser („Modernisierungsverlierer“) etc. beschimpft. Die FP-Politiker sind Deppen, die andere Deppen verhetzen. Die FP-Wähler Deppen, die sich von anderen Deppen verhetzen lassen.

Das war vor Facebook und Twitter nicht anders als heute. Und der Erfolg, heute wie damals? Genau: null Komma Josef!

Wenn die Grünen – und ich bin faktisch Stammwähler dieses Vereins – so verdammt gebildet und clever und aufgeschlossen sind, wieso bringen sie dann von Wahl zu Wahl richtig geile Zuwächse von 0,1 bis 0,5 Prozentpunkten zustande? (Bestenfalls.) Während

die Blauen jeweils um satte fünf bis zehn Prozentpunkte zulegen. (Wenn sie nicht gerade Suizidversuche unternehmen wie in der Schüssel-Ära.)

Und die Roten? Die haben völlig verlernt, mit ihrer einstigen Stammklientel (Arbeiter) zu kommunizieren. Aber Haider, der konnte das. Und Strache, der kann das. Und darum ist die FPÖ heute die Arbeiterpartei und Jugendpartei und die SPÖ die Pensionistenpartei. Und so kommt es, dass die Arbeiter heute als „Modernisierungsverlierer“ beschimpft werden, während sie früher „klassenbewusste Proletarier“ waren.

## Oberlehrerhaft

Vielleicht sollte man zur Abwechslung einmal damit anfangen, die FPÖ und ihre Wähler und die von ihnen lancierten Themen ernst zu nehmen, statt sie in oberlehrerhafter Manier zu belehren und – weil das nach aller Erfahrung nichts nützt – anschließend zu beschimpfen. Vielleicht sollte man mal versuchen, die FPÖ und ihre Wähler zu verstehen. Nicht

im Sinne von zustimmen. Natürlich nicht. Aber im Sinne von begreifen. Vielleicht sollte man sich zur Abwechslung einmal auf Augenhöhe und nicht von oben herab mit den klassischen FPÖ-Themen auseinandersetzen. Vielleicht einmal, beispielsweise, der derzeitigen Flüchtlingskrise neben Idealismus auch mit Realismus begegnen.

Tja, am 11. Oktober ist mal wieder „Groundhog Day“. Das arme linksliberale Wählervieh soll wieder einmal sein Kreuzerl bei Rot oder Grün machen – damit bloß keine Katastrophe passiert! Strache wird auf ein Drittel kommen (mehr als Haider je hatte). Und wir werden geschockt sein und uns dann irgendwie fassen, die FPÖler weiterbeschimpfen und uns spätestens ab Montagvormittag auf Facebook gegenseitig vorrechnen, dass das alles halb so schlimm ist: Denn zwei Drittel haben ja nicht für Strache gestimmt.

In diesem Sinne: Schönen Sonntagabend!

**KURT BAUER** (Jg. 1961) ist Historiker und Buchautor.